



Nummer 33

Februar/ März 2026

Vor dem „Sudetendeutschen Tag“ 2026 in Brno / Tschechische Republik

Krieg in der Dimension des 3. Weltkrieges: die imperialistischen Großmächte mit ihren militaristischen erfahrenen aggressiven Organisationen NATO und EU rüsten auf, um Russland, China und ihre Verbündeten militärisch als Gefahr für ihre kolonialen Weltmachtansprüche zu besiegen und zu vernichten.

Welche Rolle spielt die Sudetendeutsche Landsmannschaft e. V. (SL)? In welcher Tradition steht sie?

Kurzer Exkurs:

Seit 1950 ruft sie alljährlich zum „**Sudetendeutschen Tag**“. Die SL ist eine der Landsmannschaften im „Bund der Vertriebenen“ BdV. Sie wird von Historikern als eine der aggressivsten revanchistischen Landsmannschaften eingeschätzt.

*1954 übernahm die Regierung Bayerns die Schirmherrschaft und baute den politischen Einfluss in der SL ständig aus.

*Zahlreiche Städte der Bundesrepublik und zwei Städte in Österreich übernahmen Patenschaften für die Pfingsttreffen „Sudetendeutscher Tag“.

Beispiele: 1950 Kempten/Bayern unter dem offiziellen Motto „Gebt uns die Heimat wieder“
1960 München/Bayern, Motto „Dem Recht die Treue“.
1964 Nürnberg/Bayern, Motto „Versöhnung ja – Verzicht nein“
1972 Stuttgart/BW, Motto „Unser Auftrag bleibt Freiheit und Selbstbestimmung“
2013 Augsburg / Bayern, Motto „Zukunft braucht Heimat“

*Die SL baute Strukturen auf; nach „Heimatlandschaften“ und „Heimatkreise“
(Adlergebirge, Böhmerwald / Budweis; Egerland / Asch / Karlsbad; Riesengebirge / Hohenelbe/ Trautenau; Südmähren / Neubistritz / Nikolsburg. usw.
und heutige Wohnsitze von Mitgliedern / Unterstützern in der BRD.

*Kernforderungen, die von Politikern der SL bei den Pfingsttreffen / Höhepunkten wiederholt und oft spektakulär in Losungen gestellt wurden und werden: „das Unrecht der Vertreibung“, „die offene deutsche Frage“, „das Selbstbestimmungsrecht auch für Sudetendeutsche“, „das Recht auf Heimat“, „Gerechtigkeit schafft Frieden“, „Rückgabe des Sudetengebietes an die

Sudetendeutschen“...

*Bundesvorsitzende der SL, die besonderen Einfluss auf die postulierten politischen Ansprüche hatten, haben:

Walter Becher (verst. 2005), Vorsitzender bis 1982. NSDAP. Kriegsberichterstatte der faschistischen Wehrmacht / Einsatz in Propagandakompanien vor Moskau und Kiew. Sohn einer Unternehmerfamilie in Karlsbad (Produktion und Vertrieb „Becherovka“). Nach Einmarsch der Wehrmacht in die Tschechoslowakei Redakteur des NS-Gauorgans *Die Zeit* in Reichenberg. Wütender Antisemit. Forderte die „Entjudung des Sudetengebietes“.

1939 war Becher wie einige weitere NSDAP-Mitglieder von strafrechtlicher Verfolgung nach § 175 StGB betroffen (6 Monate „Schutzhaft“ und Ausschluss aus der NSDAP). Becher nutzte das in seinen Memoiren, um sich nach 1945 als „Gegner und Opfer der NSDAP“ darzustellen. 1959 Beteiligter bei der Gründung der *National-Demokratischen Union* (NDP), einer konservativen Sammlungsbewegung, an der sich auch der Witikobund (Nationale Gesinnungsgemeinschaft der Sudetendeutschen) unter Vorsitz von Becher beteiligte. 1967 trat er der CSU bei.

Bernd Posselt, Vorsitzender der SL seit 2008. Seine politische Karriere ist eng mit der familiären Herkunft (Nordböhmen / Gablonz und Österreich / Graz) und der Paneuropa-bewegung des Otto von Habsburg sowie der CSU verbunden. Politisch orientiert er sich am Bamberger Programm der Paneuropa-Union als „übernationale Bewegung“ (9. Juni 1996):

Bei Posselt ist zu lesen:

über „die Befreiung der Völker Mittel- und Osteuropas vom Joch des Kommunismus“. In diesem Sinne ist er mit bzw. in verschiedenen Initiativen beteiligt. 1975 gründete er die „Paneuropa Jugend Deutschland“, 1976 gemeinsam mit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte IGfM, finanziell gefördert durch das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, das Brüsewitz-Zentrum. Seit den 80er Jahren koordinierte Posselt als Präsidiumsmitglied der Paneuropa-Union Deutschland die Untergrundgruppen in den ehemaligen sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas und war Sommer 1989 an der Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze als „Paneurop. beteiligt. **Sein Charakter:** ein politischer Provokations-Politiker.

Dennoch schaffte er es nicht, bei allen Wahlen zum Parlament der EU mit den Stimmen der CSU gewählt zu werden. Dann arbeitete er als „freier Journalist“ ohne Mandat und Stimmrecht auf eigene Kosten.

Am 24. März 2003 wurde das **Sudetendeutsche Büro der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Prag** als „sudetendeutsche Botschaft des guten Willens“ in der Tschechischen Republik in Anwesenheit tschechischer und deutscher Politiker eröffnet. Erkennbares Ziel: als „Europaabgeordneter“ der „Sudetendeutschen Volksgruppe“ ihren Platz in der EU zu sichern sowie die „**Vision eines Europäischen Bundesstaates mit gemeinschaftlicher Außen- und Sicherheitspolitik (Europäische Regierung)**“ zu verwirklichen.

Aktueller Höhepunkt der europäischen imperialistischen Machtpolitik ist durch Missbrauch sogenannter Heimatvertriebener:

**der „76. Sudetendeutsche Tag in Brünn“ –
>erstmalig auf dem Territorium der Tschechischen Republik<
22. - 25. Mai 2026 in Brno**

angekündigt:

Hauptkundgebung am Pfingstsonntag mit Reden durch Bernd Posselt, des Bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder, „Grußworten“ aus Politik und Zivilgesellschaft der Tschechischen Republik; Volksfeste zur „Erlebbarkeit des Kulturerbes von Sudetendeutschen und Tschechen“; „Weitergabe der Erlebnisse der „Vertriebenen“ an die Enkel und Urenkel“ Quelle: Aufruf der SL „Alles Leben ist Begegnung“.

Des Pudels Kern:

Teils offener, teils verdeckter Revanchismus.

Leugnung der faschistischen Okkupationsverbrechen 1938 -1945.

Leugnung der Beschlüsse der Alliierten-Konferenzen in Jalta und

Potsdam sowie der Urteile der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse und damit des Völkerrechts.



Teile der tschechischen Zivilgesellschaft wehren sich gegen die mit Geschichtslügen vorgetragene revanchistische Ansprüche imperialistischer Kräfte.

Der Vorstand des Revolutionären Freundschaftsbundes „Ernst Thälmann und Kameraden“ e. V. in der Tradition der revolutionären Arbeiterbewegung erhielt vom Vorstand der tschechischen Bruderorganisation Klub des tschechischen Grenzlandes e. V. und der Redaktion des Monatsmagazins DER GRENZER folgende Information zum bevorstehenden Kongress der Sudetendeutschen Landsmannschaft:

„Das Kongress-Motto: *„Vertreibung war Ungerechtigkeit“*,

widerspricht der historischen Wahrheit und den internationalen Vereinbarungen der Siegermächte nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft ist kein Kulturverein, sondern eine politische Organisation mit Unterstützung bayerischer Strukturen und Mittel aus dem Provinzhauhalt. Ziel ist es, das Thema der „Vertreibung“ im europäischen Raum aufrechtzuerhalten und die

Grenzen der öffentlichen Debatte schrittweise auf die Revision der Nachkriegsvereinbarungen zu verschieben.

Die Tschechische Republik muss sich über die Tatsachen von den Lügen befreien:

- Die Vertreibung wurde von den siegreichen Mächten beschlossen und ist rechtlich geschlossen.
- Die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus ist zu schützende Pflicht unstatthaft sie zu relativieren.
- Die Souveränität des Staates darf nicht durch symbolische Gesten untergraben werden.

Der Tschechische Grenzclub lädt Bürger, Vertreter der Stadt Brünn und die nationale politische Vertretung ein, klar zu erklären, dass die Tschechische Republik keinen Raum für Ereignisse bieten wird, die die Nachkriegsvereinbarungen relativieren und unsere Souveränität bedrohen.

Unsere Position ist klar: Brünn ist kein Trojanisches Pferd. Die tschechische Souveränität steht nicht zum Verkauf. Die Erinnerung an die Opfer des deutschen Nationalsozialismus ist eine Verpflichtung, die wir ehren müssen.

10. Sitzung des Nationalrats der KČP
Prag, den 29. November 2025

Ing. Zdeněk Trippé
Chefredakteur des Club-Newsletters
„Grenzer“

Aktuelle Fragen:

**Die faschistische deutsche Rassenlehre ist noch in?
Wurden die revanchistischen Forderungen durch Politiker der SL seit
ihrer Gründung verändert und nach 1989 der deutsch-imperialistischen
Machtpolitik angepasst?**

Aus dem Protokoll und Beschluss des NR (Nationalrat) des Clubs des tschechischen Grenzlandes:

Am Samstag, den 29. November 2025, tagte in Prag der Nationalrat des Tschechischen Grenzclubs. Die Atmosphäre war erfüllt von Entschlossenheit und patriotischem Geist – Mitglieder der NR haben Entscheidungen für die Zukunft unseres Clubs und der gesamten tschechischen Gesellschaft getroffen.

Staatlichkeit und historisches Gedächtnis verteidigen

Einer der Hauptpunkte des Treffens war die Vorbereitung des Widerstands gegen den geplanten Kongress der Sudeten German Landsmannschaft in Brno. *Der Club erklärte nachdrücklich, dass er die Missachtung der Nachkriegsvereinbarungen oder Angriffe auf Dekrete des Präsidenten der Republik verurteilt. Protestveranstaltungen in Prag und Brno haben gezeigt, dass unsere Mitgliederbasis bereit ist, die Wahrheit über die Tschechen mit Würde und Festigkeit zu verteidigen.*

Diese Meinung ist nicht nur eine Herausforderung für die Mitglieder des Clubs, sondern auch für die gesamte Öffentlichkeit. Unsere Staatlichkeit, die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus und die nachkriegsrechtliche Ordnung dürfen nicht relativiert werden.

Ein Aufruf an Mitglieder und Sympathisanten

Der Nationalrat der KČP lädt alle Mitglieder ein:

- Wir stärken die Kontakte zu Mitbürgern.
- Lassen Sie uns neue Mitglieder in unsere Reihen aufnehmen und neue Abonnenten des Club-Newsletters gewinnen.
- Wir beteiligen uns aktiv an Protestveranstaltungen und Gedenken an den Jahrestag.

Nur so kann sichergestellt werden, dass der Tschechische Grenzclub auch weiterhin eine starke Unterstützung des patriotischen Lebens in unserem Land bleibt.

Autor und Foto: Ing. Zdeněk Trippé
Mitglied des Nationalrats der KČP
und Chefredakteur des Club-Newsletters Hraničář

Zur Politik der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
„Wir stärken Europa ...“

Arnold Schölzel aus „RotFuchs“ (März 2026) zitiert:

„Griff zur Weltmacht“

Am 13. Februar (2026) eröffnete Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) die sogenannte Münchner Sicherheitskonferenz mit einer wochenlang erarbeiteten Grundsatzrede zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Er stellte darin ein „Programm der Freiheit“ in vier Punkten vor, in dem das weltpolitische Programm des heutigen deutschen Imperialismus enthalten ist. Sein Hauptpunkt: Militärische Stärke als Voraussetzung für einen neuen Griff zur Weltmacht.

Die Rede kann historisch genannt werden – im negativen Sinn. Sie setzt mit unverfrorener Offenheit die Kriegsziele des deutschen Imperialismus wieder auf die Tagesordnung. Ihre Fundamente sind dieselbe Arroganz und Realitätsverweigerung, die zur Anzettelung des Ersten und des Zweiten Weltkrieges führten.

Merz konnte direkt an seine Amtsvorgänger seit der Beseitigung der DDR anknüpfen. Was etwa Helmut Kohl in seiner ersten Regierungserklärung nach dem Anschluss der DDR am 30. Januar 1991 im Bundestag ankündigte, nimmt mit der Merz-Rede Gestalt an. Kohl sagte vor 35 Jahren: „Mit der Wiedergewinnung der vollen Souveränität wächst uns Deutschen nicht nur mehr Handlungsfreiheit, sondern auch mehr Verantwortung zu. So sehen es auch unsere Partner in der Welt. Sie erwarten vom vereinten Deutschland, dass es dieser neuen Rolle gerecht wird.“ Was das bedeutete, sagte er noch nicht wie Merz im Klartext. So behauptete Kohl zum Beispiel allen Ernstes zu den von ihm und dem damaligen Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) maßgeblich angestifteten Kriegen, die zur Auflösung Jugoslawiens führten: „Bereits jetzt leisten wir einen erheblichen Beitrag zur Stabilität in Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Dieses Engagement – man kann es nicht oft genug sagen – liegt im gemeinsamen westlichen Interesse“. Das sah man selbst in Washington anders: Es lag vor allem im Interesse Deutschlands, diese Regionen zum eigenen Hinterhof zu erklären. Damals war die Tinte unter dem Zwei- plus – Vier- Vertrag noch nicht trocken. Dessen Artikel zwei enthielt den Satz: „Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird.“ Keine Bundesregierung hat sich seither daran gehalten – siehe den NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 und die folgenden gegen Afghanistan, den Irak, Libyen, Westafrika und schließlich den in der Ukraine seit dem nationalistischen und faschistischen Putsch von 2014.

Mit den vier Punkten des Merz-Programms der Freiheit ist eine neue Stufe imperialistischer Kriegsdrohung erreicht. Die Punkte lauten: „Erstens. Wir stärken uns militärisch, politisch, wirtschaftlich und technologisch.“ Dabei steht die militärische Stärke ganz oben. Etwas vorschnell feierte Merz in München bereits seine Erfolge als Kriegsherr: „Wir haben Moskau ungeahnte Verluste und Kosten aufgezwungen. Wenn Moskau endlich ein em Frieden zustimmt, dann auch deshalb. Das ist Ausdruck gewachsener Selbstbehauptung“. Er fügte hinzu, Rußland müsse „wirtschaftlich und militärisch erschöpft“ werden. Und wiederholte, die Bundeswehr solle „schnellstmöglich zur stärksten konventionellen Armee Europas“ gemacht werden – einschließlich „Reform des Wehrdienstes“, also Wehrpflicht,

Punkt zwei: „Wir stärken Europa“, also Westeuropa. Dazu gehört: „Ich habe mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron erste Gespräche über europäische nukleare Abschreckung aufgenommen.“ An die rechtlichen Verpflichtungen Deutschlands „werden wir uns halten“. Vermutlich so wie beim Vier-plus-zwei-Vertrag.

Drittens soll eine „neue transatlantische Partnerschaft“ begründet werden, die „handfest“ sein müsse, „nicht esoterisch“, d. h. eine Konfrontation mit den USA nicht ausgeschlossen. Denn die „übermäßige Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten“ ließen „wir“ jetzt „hinter uns“. Und schließlich

Viertens, gehe es um „ein starkes Netz globaler Partnerschaften“. Eine „Schlüsselrolle“ spielten „Kanada und Japan, die Türkei, Indien, Brasilien und auch Südafrika, die Golfstaaten und andere“. Anders gesagt: Spaltung von BRICS und des globalen Südens insgesamt.

In der Vergangenheit führten die Politiker und Generäle des deutschen Imperialismus mit Zweifrontenkriegen in den Untergang. Merz will mit drei Großmächten kämpfen - den USA, Rußland und China. Kommentar überflüssig.“

.....

Die Merz-Vorgaben werden sich in den Reden von Berndt Posselt und Ministerpräsident Markus Söder beim Sudentendeutschen Tag in Brno in dieser und jener Form wiederfinden.